

Gesetzentwurf

der Abgeordneten Dr. Ludwig Elm, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

Entwurf eines Gesetzes über den Tag des Gedenkens an die Befreiung vom Nationalsozialismus

A. Problem

Am 8. Mai 1945 erfolgte die Befreiung Europas von der verbrecherischen nationalsozialistischen Diktatur und die Beendigung des Zweiten Weltkrieges auf unserem Kontinent. Die historischen Lehren, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg und Faschismus ausgehen dürfen, müssen wachgehalten werden. Bis zum heutigen Tag ist der 8. Mai aber nicht zum offiziellen Gedenktag erklärt worden.

B. Lösung

Die Lösung besteht in der Verabschiedung des Gesetzentwurfs über den alljährlichen Tag des Gedenkens an die Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Entwurf eines Gesetzes über den Tag des Gedenkens an die Befreiung vom Nationalsozialismus

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der 8. Mai ist der Tag des Gedenkens an die Befreiung vom Nationalsozialismus.

§ 2

Der Deutsche Bundestag führt jährlich am 8. Mai eine Gedenkveranstaltung durch.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Bonn, den 17. März 1997

Dr. Ludwig Elm
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Der 8. Mai 1945 war der Tag der Befreiung der europäischen Völker vom Faschismus. Die nationalsozialistische Diktatur, die den Zweiten Weltkrieg vorbereitet und ausgelöst hatte und Millionen Menschen in vielen Ländern vernichtete, wurde durch die Alliierten und den Widerstandskampf der Völker Opfer reich zerschlagen.

Unter den Greueltaten und Verbrechen des Naziregimes haben so viele Menschen jahrelang gelitten, daß Anlaß besteht, den befreienden Zusammenbruch der Nazidiktatur jährlich zu würdigen. Dies um so mehr, als einflußreiche Gruppen in allen Bereichen der Gesellschaft seit Jahren bemüht sind, die weltgeschichtliche Einzigartigkeit der Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus und Militarismus gegen die Menschheit als Teil einer globalen Verbrechensgeschichte zu relativieren. Dabei sollen insbesondere die geschichtlichen und geistigen Quellen sowie die Mitverantwortung großer Teile der deutschen Oberschichten für das Aufkommen, die Herrschaft und den Eroberungs- und Ausrottungskrieg der NS-Diktatur aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt werden. In der neonazistischen Hetze wird dieses Umschreiben der Geschichte bis zur Auschwitzlüge und zur Glorifizierung nationalsozialistischer Führer, Leitbilder und Untaten fortgesetzt. Die rechtsextremistischen Ausschreitungen folgen solchen Ideen auf dem Fuß.

Es gilt, auch in den heranwachsenden Generationen die Erinnerung wachzuhalten und ihre bewußte Ent-

scheidung für das friedliche Miteinander der Völker und für Abrüstung sowie gegen menschenfeindliche Ideologien und terroristische Herrschaftsformen auf der Grundlage geschichtlichen Wissens und humanistischer Leitbilder zu fördern. Der parlamentarische „Ausschuß für staatliche Symbole und Zeremonien“ in Israel hat beschlossen, ab 1997 den 8. Mai als offiziellen Gedenktag zur Erinnerung an den Kampf der Juden gegen die Nazis zu begehen. Etwa eineinhalb Millionen jüdischer Soldaten kämpften in den Reihen der Alliierten. Auch in der Bundesrepublik Deutschland sollte das Gedenken am 8. Mai vor allem den Leistungen und Opfern der Anti-Hitler-Koalition und des gesamten antifaschistischen Widerstandskampfes in Deutschland und in zahllosen europäischen Ländern gelten. Er wäre mit und neben dem Tag der Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar zugleich ein Erinnern an die Gesamtheit der Opfer von Faschismus und Zweitem Weltkrieg und an die Lehren, die sich aus jenen Geschehnissen und Tragödien für die Gegenwart und Zukunft ergeben haben.

Der Gedenktag 8. Mai soll und kann dazu beitragen, einen Mindestkonsens in der Verurteilung von Rüstungs- und Kriegspolitik zu bewahren sowie Nationalismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus abzuwehren. Er steht für die Lebens- und Zukunftsfähigkeit der Demokratie und der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland und fordert zur immerwährenden Erfüllung seiner friedenspolitischen Verantwortung heraus.